

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.04	Oberverwaltungsgericht

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 35 T€ um 2 T€ auf 33 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 106 T€ um 26 T€ auf 132 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0180	Oberverwaltungsgericht
Titel:	0180/112 02-2	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 34.420 € um 1.950 € auf 32.470 € reduziert.

Titel:	0180/532 21-8	Entschädigung für Sachverständige
--------	---------------	-----------------------------------

Der Anschlag wird von 10.050 € um 26.350 € auf 36.400 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU